

Zürich und Oberrieden, 17. September 2007

KR-Nr. 267/2007

POSTULAT von Markus Bischoff (AL, Zürich) und Ralf Margreiter (Grüne, Oberrieden)
betreffend Staatsangehörigkeit von Kantonspolizistinnen und -polizisten

Der Regierungsrat wird eingeladen § 8 Abs. 1 lit. 2 der Kantonspolizeiverordnung vom 28. April 1999 (LS 551.11) dahin gehend zu ändern, dass auch Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C als Aspirantin oder Aspirant der Kantonspolizei aufgenommen werden können.

Markus Bischoff
Ralf Margreiter

Begründung:

Die Polizei ist das klassische Instrument des Staates zur Durchsetzung der Gesetze. Deren Auftreten und deren Zusammensetzung sind deshalb von entscheidender Bedeutung für das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat. Es kann nicht angehen, dass einem grossen Teil der Mitbürgerinnen und Mitbürger (den Ausländerinnen und Ausländern) verwehrt ist, den Beruf der Polizistin oder des Polizisten zu ergreifen. Das Vertrauen der Ausländerinnen und Ausländer in den Staat kann so mittels Zulassung zum Polizeiberuf gefördert werden. Zudem könnten ausländische Polizistinnen und Polizisten kraft besonderer Kenntnisse ihrer Ethnien und Sprachen auch wertvolle Hinweise zur Aufklärung von Straftaten leisten. Die fehlende Staatsbürgerschaft ist kein Hinweis für eine mangelnde Integration oder Vertrautheit mit unseren Institutionen. Diese kann auch mittels Eintrittstests abgeklärt werden.

267/2007